

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 22. September 1961

Blatt 1937

Gratulation für Professor Tautenhayn

=====

22. September (RK) Anlässlich der Vollendung des 93. Lebensjahres des akademischen Bildhauers Prof. Josef Tautenhayn, hat Vizebürgermeister Mandl dem Jubilar ein herzliches Glückwunschsreiben übersandt. Prof. Tautenhayn, der seinerzeit aus der bekannten Graveurschule seines Vaters hervorgegangen ist, hat sich besonders durch brillante Porträtreliefs und andere Kleinplastiken allgemeine Anerkennung erworben.

- - -

Sitzungen Wiener Bezirksvertretungen in der kommenden Woche

=====

22. September (RK) In der kommenden Woche finden folgende Sitzungen Wiener Bezirksvertretungen statt:

Dienstag, 26. September:

17.30 Uhr, Alsergrund, Währinger Straße 43, Sitzungssaal,
16.00 Uhr, Floridsdorf, Am Spitz 1, Sitzungssaal.

Mittwoch, 27. September:

16.00 Uhr, Liesing, Perchtoldsdorfer Straße 2/1/43, Festsaal.

Freitag, 29. September:

16.00 Uhr, Meidling, Schönbrunner Straße 259, Sitzungssaal.

- - -

Bürgermeister Jonas begrüßte Chirurgen-Tagung
=====

22. September (RK) Heute vormittag wurde in der Wiener Universität die 3. Tagung der Österreichischen Gesellschaft für Chirurgie und Unfallheilkunde eröffnet.

Bürgermeister Jonas hielt aus diesem Anlaß folgende Begrüßungsansprache: "Als Bürgermeister von Wien ist es mir eine Ehre, die 3. Tagung der Österreichischen Gesellschaft für Chirurgie und Unfallheilkunde begrüßen zu können. Ich freue mich, daß so zahlreiche Besucher hierher gekommen sind, denn das beweist das große Interesse, das von allen Seiten den Problemen entgegengebracht wird, die bei dieser Zusammenkunft in Vorträgen und Diskussionen aufgeworfen werden. Bekannte Persönlichkeiten, die einander sonst nur aus ihren Werken kennen, haben nun die Möglichkeit, sich persönlich kennenzulernen und auszusprechen. Dieser persönliche Kontakt hat sich immer wieder als besonders wertvoll erwiesen.

Ich bin mir bewußt, daß es für Wien eine große Auszeichnung ist, diese Tagung veranstalten zu können: Es ist eine Anerkennung der bisherigen Leistungen unserer Stadt auf dem Gebiet der Chirurgie und Unfallheilkunde. Das Wirken Karl Landsteiners ist ein Markstein für die Chirurgie, denn er fand als erster die menschlichen Blutgruppen und erhielt dafür den Nobelpreis. Damit konnten erst die Bluttransfusionen durchgeführt werden, die aus der modernen Unfallheilkunde nicht mehr wegzudenken sind. Wie oft hören oder lesen wir Aufrufe an die Bevölkerung, sich für die Schaffung von Blutkonserven zur Verfügung zu stellen, um damit Menschen in größter Not die letzte Rettung zu sein. Unser technisches Zeitalter fordert durch sein Tempo unerwartete Opfer, die häufig durch eine rasche Übertragung des kostbaren Blutes gerettet werden können. Die lebensrettenden Sofortmaßnahmen am Unfallort sind daher im Hinblick auf die ständigen Bemühungen, die Zahl der Unfälle herabzusetzen oder größere Schäden hintanzuhalten, von größter Wichtigkeit. Die Gemeinde Wien unterstützt die Forschungsarbeiten der Chirurgie und Unfallheilkunde, die zu einem bedeutenden Spezialgebiet der Medizin geworden sind, wie das große Interesse an den Problemen und Erkenntnissen dieses Zweiges der Wissenschaft beweist. ./.

Anläßlich der 3. Tagung der Österreichischen Gesellschaft für Chirurgie und Unfallheilkunde kommt uns wieder zum Bewußtsein, daß Wien trotz aller weltpolitischen Spannungen eine völkerverbindende Mission erfüllt. Ich danke daher den Besuchern, besonders jenen aus dem Ausland, daß sie zu uns gekommen sind. Sie bereichern nicht nur diese Tagung durch ihre wertvolle Anwesenheit, sondern sie tragen auch wesentlich dazu bei, den Ruf Wiens als Kongreßstadt in alle Welt zu tragen. Wien ist eine Stadt der Friedensbereitschaft und der Völkerverständigung und als Hauptstadt des neutralen Österreich besonders geeignet, den verschiedenen internationalen Zusammenkünften einen würdigen Rahmen zu geben.

Ich wünsche Ihnen, daß Sie von Ihrem Aufenthalt in unserer Stadt auch in gesellschaftlicher Hinsicht vollauf befriedigt werden und freundliche Eindrücke mit in Ihre Heimatländer nehmen. Betrachten Sie neben den alten Kulturgütern auch die Schöpfungen des Neuen Wien und lassen Sie die Atmosphäre dieser Stadt wirken, in deren Namen ich Ihnen einen herzlichen Willkommensgruß entbiete."

- - -

Rundfahrten "Neues Wien"

=====

22. September (RK) Montag, den 25. September, Route 1 mit Besichtigung der Parkanlage Lidlgasse, der Flachbausiedlung Hartäckerstraße, der Sonderschule für körperbehinderte Kinder, des Volksheimes Heiligenstädter Straße sowie anderer städtischer Einrichtungen und Wohnhausanlagen. Abfahrt vom Rathaus, Eingang Lichtenfelsgasse, um 14 Uhr.

- - -

Die Wasserversorgung hat sich stabilisiert
 =====

22. September (RK) Wenn die Wiener Bevölkerung nicht mehr und nicht öfter die Bassenahähne aufdrehen wird, als sie es am gestrigen Donnerstag getan hat, ist für Wien kein akuter Wassermangel mehr zu befürchten. Die tägliche Prüfung des Wasserstandes hat heute früh folgende Situation ergeben:

Am Donnerstag wurden in Wien 445.000 Kubikmeter Wasser verbraucht, um 37.000 Kubikmeter weniger als am Mittwoch, dem ersten Tag an dem die Wasserwerke zu Sparmaßnahmen aufgerufen hatten. Die Zuflüsse aus den Quellgebieten brachten 446.000 Kubikmeter Trinkwasser in das Wiener Versorgungsnetz, sodaß Verbrauch und Zuflüsse einander die Waage halten. Von den 260.000 Kubikmeter Wasser, die sich am Mittwoch in sämtlichen Behältern, einschließlich des großen Wasserbehälters am Steinfeld befanden, mußte gestern nichts entnommen werden. Dank dem disziplinierten Verhalten der Bevölkerung konnte somit eine Stabilisierung in der Wasserversorgung erreicht werden.

Die Wasserwerke beurteilen die Versorgungslage für die kommenden Tage optimistisch, allerdings unter der Voraussetzung, daß die Bevölkerung auch weiterhin bis Ende der Trockenperiode die Sparmaßnahmen einhalten wird. Man erwartet, daß sich die Behälter über das Wochenende wieder auffüllen können. Dennoch muß die dringende Mahnung der Wasserwerke unwiderrufen bleiben:

Keine überflüssige Wasserverschwendung!

- - -

Bürgermeister Jonas kondoliert zum Ableben von Albin Skoda
 =====

22. September (RK) Bürgermeister Jonas richtete an die Kammerschauspielerin Margarete Skoda folgendes Beileidschreiben: "Zum unerwarteten Ableben Ihres Gatten, des großen Schauspielers Albin Skoda, spreche ich Ihnen im eigenen Namen und namens der Stadt Wien das tief empfundene Beileid aus. Albin Skoda hat sich in den Herzen aller Theaterbegeisterten ein unauslöschliches Denkmal gesetzt".

In einem Beileidschreiben an Prof. Ernst Häussermann heißt es: "Mit dem Tode Albin Skodas verliert das Burgtheater einen großen Menschen und Schauspieler. Nehmen Sie und Ihr Ensemble mein und das der Stadt Wien tief empfundenes Beileid entgegen."

- - -

Wiener Gemeinderat

=====

22. September (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas trat heute vormittag der Wiener Gemeinderat zu seiner ersten Sitzung nach den Sommerferien zusammen.

Einleitend gedachte der Bürgermeister der verstorbenen Mitglieder des Gemeinderates Primarius Dr. Konrad Eberle und Stefanie Peschl. Zum Zeichen der Trauer hatten sich während der Würdigungsrede des Vorsitzenden die Gemeinderäte von ihren Sitzen erhoben.

An Anfragen lagen vor: von der KLS fünf, von der FPÖ vier und von der ÖVP sechs. Die SPÖ hatte einen Antrag betreffend "Maßnahmen zur Schaffung einer Genehmigungspflicht beim Verkauf von Grundstücken an nichtösterreichische Staatsbürger" eingebracht. Zwei Anträge der FPÖ betrafen "Umbenennung des Rooseveltplatzes im 9. Wiener Gemeindebezirk" und "Anbringung von Richtungsweisern in den Fußgängerpassagen bei der Babenbergerstraße und der Bellaria." Von der KLS lag ein Antrag betreffend "Austausch der Müllabfuhrsammelbehälter in Siedlungsgebieten" vor. Die ÖVP brachte einen Antrag betreffend "Die Erhöhung des Taschengeldes für Krankenpflegeschülerinnen" ein. Sämtliche Anträge wurden den zuständigen Ausschüssen zugewiesen. Eine Anfrage der KLS betrifft "Maßnahmen gegen die Teuerung". Dazu wurde der Antrag auf Verlesung und Besprechung gestellt. Darüber wird vor Schluß der Sitzung abgestimmt.

Zwei neue Gemeinderäte

Für die beiden verstorbenen Mitglieder des Gemeinderates wurden von der ÖVP Dipl.-Ing. Walter Blaschka und von der SPÖ Karl Pellet nominiert. Die beiden neuen Gemeinderäte leisteten das Gelöbnis. Hierauf wurden einige Ersatzwahlen durchgeführt. Als Mitglieder des Gemeinderatsausschusses für das Gesundheitswesen wurde Gemeinderat Pellet und Gemeinderat Dipl.-Ing. Blaschka gewählt. Als Mitglied des Gemeinderatsausschusses für Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten wurde Gemeinderat Mayr (SPÖ) gewählt. Zum Mitglied des Vorstandes der Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien wurde Gemeinderat Dr. Weninger (ÖVP) gewählt. Zum Mitglied des Überwachungsausschusses der

Krankenfürsorgeanstalt wurde Gemeinderat Gertrude Sandner (SPÖ) gewählt.

Ein neues Hauptgebäude der Zentralsparkasse

GR. Pfösch (SPÖ) berichtete sodann über die Abänderung des Bebauungsplanes für das Gebiet zwischen Vordere Zollamtsstraße, Marxergasse, Gigergasse und Landstraßer Hauptstraße im 3. Bezirk, wo ein Hauptgebäude der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien gebaut werden soll. Die Pläne zu diesem Bauvorhaben wurden von einer Jury bereits zustimmend beurteilt. Aus dem Wettbewerb ist ein Projekt hervorgegangen, das eine Veränderung der Fluchtlinie notwendig macht.

Als einziger Debatteredner meldete sich Ing. Lust (ÖVP) zu Wort. Er stellte mit Genugtuung fest, daß Anträge auf Abänderung des Bebauungsplanes nur sehr selten gestellt werden. Im vorliegenden Fall würde eine solche Abänderung den öffentlichen Interessen nicht entsprechen. Eine Zustimmung zu diesem Antrag würde sogar ein Präjudiz mit unabsehbaren Folgen schaffen, denn die Architekten haben in diesem Fall die Bebauungsbestimmungen erheblich überschritten. Die Zentralsparkasse habe eine Abänderung der Baufluchtlinien eingebracht ohne die gültigen Gesetze zu beachten. Die Überschreitung der Baufluchtlinien in der Vorderen Zollamtsstraße, der weite Flächen des öffentlichen Gutes geopfert werden müßten, seien unvertretbar. Dies habe auch die zuständige Magistratsabteilung und der Fachbeirat in ihren Stellungnahmen übereinstimmend ausgesprochen und begründet. Eine Zustimmung zu diesem Abänderungsantrag, erklärt der Redner, würde anderen Bauwerbern Anreiz zur Mißachtung der geltenden Bestimmungen geben. Seine Fraktion empfiehlt den Antrag abzulehnen.

Der Berichterstatter GR. Pfösch stellt fest, daß sich der Gemeinderatsausschuß für Bauangelegenheiten mit dem Antrag in mehreren Beratungen, auch an Hand der Pläne und des Modells, beschäftigt hatte. Auch die von GR. Ing. Lust vertretene Meinung wurde dabei diskutiert. Die Gründe, die schließlich zur Befürwortung der Abänderung des Bebauungsplanes führten, sind, daß hier in diesem alten Viertel ein neues Haus entstehen soll, das auch in hundert Jahren seine Bedeutung haben wird. Die Zustimmung wurde nicht zuletzt unter Rücksichtnahme auf die geplante Überbrückung des Wienflusses erteilt. Auch dem Verlangen des Stadtplaners wurde in jeder Hinsicht Rechnung getragen.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag ohne die Stimmen der OVP angenommen.

Neue Straßenunterführung

GR. Billmaier (SPÖ) berichtet dann über die Errichtung eines Kreuzungsbauwerkes für die Unterführung der Ketzergasse unter der Südbahn und der Kaltenleutgebener Bahn. Die Berechnungen ergaben, daß der Bau einer Unterführung billiger käme als eine Straßenbrücke über die Bahn. Das Kreuzungsbauwerk wird 15 Millionen Schilling kosten. Über die finanzielle Beteiligung der ÖBB wird noch verhandelt.

GR. Dr. Helene Stürzer (ÖVP) begrüßt das Bauvorhaben, das sich nach seiner Fertigstellung als große Erleichterung für den Verkehr im 23. Bezirk auswirken wird. Im Zusammenhang damit unterbreitet sie dem Gemeinderat einige kleinere Wünsche der Bevölkerung des Bezirkes. Man würde es begrüßen, wenn zum Beispiel die Ketzergasse mit seinen mehr als 500 Häusern den Namen Ketzlerstraße erhielte. Sie regt auch die Schaffung von Wartehäuschen für die Verkehrsteilnehmer und eine Verbesserung der öffentlichen Beleuchtung an.

Nach einem Schlußwort des Berichterstatters wird der Antrag zum Bau der Unterführung der Ketzergasse einstimmig angenommen.

Orale Kinderlähmungsimpfung

Stadtrat Dr. Glück (ÖVP) berichtete über die orale Schutzimpfung gegen Kinderlähmung, die ab nun ebenso wie die Salk-Impfung unentgeltlich vorgenommen werden soll. Ursprünglich wurde für die Schutzimpfung ein Beitrag von 15 S verlangt, der am 29. Februar 1960 auf 10 S herabgesetzt wurde und nun gänzlich entfallen soll.

GR. Maller (KLS) verweist darauf, daß die Kommunisten bereits einige Male einen gleichlautenden Antrag gestellt hätten, der aber mit der Begründung, daß die Bevölkerung etwas, was sie nicht umsonst bekäme, nicht richtig schätze, abgelehnt worden sei. Da die Kinderlähmung nicht nur Kinder, sondern auch ältere Menschen befalle, werde es notwendig sein, den Kreis der Kostenlos zu Impfinden immer mehr zu erweitern.

GR. Dr. Schmidt (SPÖ) erklärt, in Österreich werden die Medikamente sorgfältiger geprüft als in anderen Ländern, deshalb habe es bei uns länger gedauert, bis diese Impfung zur Durchführung gekommen ist. Aus grundsätzlichen Erwägungen müßten alle Aktionen, die der Gesundheit der Bevölkerung dienen, kostenlos durchgeführt werden.

GR. Eleonore Hiltl (ÖVP) führt aus, die Statistik des Gesundheitsamtes zeige, daß die Zahl der Fälle von Poliomyelitis in Wien sehr gering ist. Die Bevölkerung habe sich bei Einführung der Schutzimpfung sehr vorsichtig verhalten. Sie appelliere daher an die Bevölkerung, von dieser Einrichtung, die von Primarius Dr. Glück zum Wohle der Wiener Bevölkerung eingeführt worden sei, reichlich Gebrauch zu machen. Auf diese Weise werden wir vielleicht die Kinderlähmung fast zur Gänze bannen können.

Stadtrat Dr. Glück führt in seinem Schlußwort aus, die Kinderlähmung befallt derzeit mehr Erwachsene als Kinder, sodaß der Name irreführend ist. Es wurde Vorsorge getroffen, daß auch Personen über 21 Jahre kostenlos geimpft werden. Die Impfung, die durch Einnahme von Tropfen vorgenommen wird, wird am 21. November beginnen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

Neue Hauptschule in Ottakring

Vizebürgermeister Mandl berichtet über die Errichtung eines Gebäudes für eine Knaben- und eine Mädchenhauptschule im 16. Bezirk. Eine Untersuchung der mit einer Knabenhauptschule kombinierten Mädchenhauptschule in Wien 16, Akelegasse, hat ergeben, daß eine Renovierung dieses Gebäudes nicht zweckmäßig sei. Das neu zu errichtende Schulgebäude soll als Ersatz für diese Schule dienen. Das neue Schulgebäude ist für 560 Schüler geplant und soll zwei Schulen enthalten. Ferner soll dort auch eine städtische Bücherei errichtet werden. Dieses Schulgebäude wird das 28. sein, das von der Gemeinde Wien seit 1945 gebaut wird. Von der Ersten Republik wurden in den Jahren von 1918 bis 1934 insgesamt zwei Schulgebäude errichtet.

GR. Pfoch (SPÖ) begrüßt mit Freude und Genugtuung den geplanten Schulneubau in der Grundsteingasse. Er stellt fest, daß gerade dieser Bezirksteil auf dem Schul- und Volksbildungssektor immer vorbildlich gewirkt hat. So stand auf dem Grundstück Grundsteingasse-Kirchstetterngasse sogar die erste Schule Neulerchenfelds, und so wurde gleichfalls in der Grundsteingasse im Jahre 1867 die erste Bürgerschule errichtet. Auch die Arbeiterbildung hat unter Franz Schumeier ihren Anfang in diesem Bezirksteil genommen. Vergangenen Samstag wurde in Fortsetzung dieser Bildungsarbeit ein neuer Festsaal des Ottakringer Volksbildungsheimes eröffnet. Dafür müsse der Stadtverwaltung herzlichst gedankt werden. Im Namen der Ottakringer Bevölkerung spricht GR. Pfoch auch den Dank für den geplanten Schulneubau aus.

Vizebürgermeister Mandl bittet abschließend um Annahme seines Antrages.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Neue Kindergartentarife

Stadtrat Maria Jacobi (SPÖ) referiert anschließend über die Neuregelung der Elternbeiträge für die Inanspruchnahme der städtischen Kindergarteneinrichtungen und der Schulausspeisung. Sie stellt fest, daß die Beiträge, die von den Eltern an die Kindergärten und Horte geleistet werden müssen, sich aus einem Besuchs- und Wäschegeld sowie einem Essenbeitrag zusammensetzen. Das Besuchsgeld wurde zum letzten Mal im Dezember 1953 neu geregelt und der Essenbeitrag im Herbst 1954. Seither haben sich die Einkommensverhältnisse wesentlich verändert. Seit Jänner dieses Jahres ist auch das von der WÖK gelieferte Essen teurer geworden. Es ist daher notwendig geworden zu überlegen, wie man die Erhöhungen auf die Beiträge überwälzen kann ohnedadurch sozial Bedürftige zu belasten. Die Leistungen der Gemeinde Wien auf dem Kindergarten- und Hortsektor sind seit 1954 wesentlich gesteigert worden. Die Bruttoausgaben ohne Anrechnung der baulichen Investitionen sind von 46 Millionen auf 79 Millionen gestiegen. Die Zahl der Kindergarten- und Hortgruppen hat sich von 503 auf 592 erhöht. Bei der Neuregelung wurde festgelegt, daß

die Beiträge bis zu einem Monatseinkommen von 1.700 Schilling unverändert bleiben, obwohl die Gemeindeverwaltung für das Essen weitaus mehr als früher ausgeben muß. Bisher war die Einkommensskala gestuft nach Fünfhundertergrenzen, nunmehr wurde eine neue Stufe von 1.000 bis 1.200 eingebaut. Die nächste Stufe ist dann von 1.200 bis 1.700 Schilling, bis zu jenem Betrag also, bis zu dem noch keine Erhöhung vorgenommen wird. Nach statistischen Erhebungen beträgt nämlich das Durchschnittseinkommen 1.600 bis 1.700 Schilling.

Auch die Erhöhungen, die sich in den höheren Einkommensstufen ergeben, decken nicht die tatsächlichen Ausgaben, die der Stadtverwaltung durch ein Kindergarten- oder Hortkind erwachsen. So beträgt zum Beispiel der Anerkennungsbeitrag bei einem Monatseinkommen von mehr als 5.000 Schilling wöchentlich 100 Schilling für ein Kind. Tatsächlich werden für dieses Kind aber 137 Schilling wöchentlich aufgewendet. In der Vorlage ist auch der Passus enthalten, daß in berücksichtigungswürdigen Fällen Ermäßigungen gewährt, und für jedes weitere unversorgte Kind 500 Schilling vom Einkommen abgerechnet werden.

GR. Lauscher (KLS) übt Kritik daran, daß die Unterlagen über die geplante Erhöhung der Kindergartenbeiträge erst vor der Sitzung den Gemeinderäten übermittelt wurden. Dieser Vorgang wiederholte sich bisher noch bei allen Gebührenerhöhungen. Er bezeichnet die geplanten Erhöhungen als die vorläufig letzten einer langen Reihe von Gebühren- und Tarifregulierungen, angefangen von den Straßenbahntarifen, über die Wasser-, die Kehr-richtabfuhr-, die Friedhofsgebühren usw. Begründet wird die heutige Erhöhung nun damit, daß eben alles teurer geworden ist. Man komme zu dem Schluß, daß die beiden Regierungsparteien für alle diese Erhöhungen die Schuld tragen. Einer solchen Politik, die immer nur die Massen der arbeitenden Bevölkerung belastet, könne man nicht die Zustimmung geben. Aus diesen Gründen lehne seine Fraktion auch die vorliegende Gebührenregelung ab.

GR. Nesset (FPÖ) kritisiert gleichfalls, daß der vorliegende Antrag erst heute früh den Gemeinderäten vorgelegt wurde, sie also nicht die Möglichkeit hatten, die Vorlage zu überarbeiten. Seine Fraktion sei eine derartige Vorgangsweise bei Gebührenregelungen bereits gewohnt. Sie habe schon wiederholt darauf

hingewiesen, daß ein derartiges Vorgehen den demokratischen Regeln in keiner Weise entspräche. Bedauerlich sei auch, daß gerade die Wiener Gemeindeverwaltung bei Preiserhöhungen immer führend sei. Seine Fraktion werde der Vorlage nicht die Zustimmung geben.

GR. Marga Hubinek (ÖVP) stellt fest, bei den Beratungen im zuständigen Gemeinderatsausschuß hat sich erwiesen, daß eine Gebührenerhöhung notwendig ist. Ihre Fraktion habe versucht zu erreichen, daß sich die Erhöhung wenigstens bis zu einer Einkommensgrenze von 2.000 Schilling nicht auswirkt. Nach der Vorlage hätten keine Erhöhungen bis zu 1.500 Schilling erfolgen sollen. Man hat dann also einen Kompromiß geschlossen und danach sollen die Beiträge bis zu einem Nettoeinkommen von monatlich 1.700 Schilling unverändert bleiben. Neu ist gleichfalls, daß für jedes unversorgte Kind, gleichgültig ob es einen städtischen Kindergarten besucht oder nicht, 500 Schilling vom Gesamteinkommen abgezogen werden. Diese soziale Staffelung läßt also eine gewisse Familienförderung feststellen. Leider ist heute die berufstätige Frau aus dem Wirtschaftsleben nicht mehr wegzudenken. Aus diesem Grunde besteht auch so große Not an Kindergartenplätzen. Bei den unselbständig Erwerbstätigen sind heute 35 Prozent aller Beschäftigten Frauen, bei den selbständig Erwerbstätigen sogar 40 Prozent. Die Rednerin verweist darauf, daß die städtischen Kindergärten beiläufig den halben Bedarf an Kindergartenplätzen decken. Die andere Hälfte wird von privater Seite versorgt. Sie appelliert an die Gemeindeverwaltung, auch die privaten Kindergärten in ihrer Arbeit zu unterstützen. Ihre Fraktion werde dem Antrag die Zustimmung geben.

GR. Hella Hanzlik erinnerte an die seit 1946 in den städtischen Kindergärten um das Zehnfache gestiegene Zahl der Gruppen. Dies zeigt, sagte sie, daß sich die Stadtväter ihrer Verantwortung voll bewußt sind. Es wäre nur wünschenswert, daß auch die Eltern ihre Verpflichtung der Gemeinschaft gegenüber erkennen. Seit 1953 wurden die Kindergartenbeiträge, abgesehen von den Essenbeiträgen, nicht geregelt.

Zu den Ausführungen der GR. Dr. Hubinek bemerkt die Rednerin, daß schon 1953 bei der Regelung der Kindergartenbeiträge die Einkommensverhältnisse der Eltern berücksichtigt wurden und daß auch diese Neuregelung auf 45 Prozent der Kindergartenkinder keine Anwendung finden wird. Bei den Krippen bleibt sie sogar für 56 Prozent unverändert. Den Antrag zur Neuregelung bezeichnet sie als ein Ergebnis sorgfältiger Erwägungen unter Berücksichtigung aller sozialen Gesichtspunkte. Zu den Ausführungen von GR. Lauscher bemerkt sie, es könne keine Rede davon sein, daß es sich bei diesem Antrag um eine Belastung der Massen handelt. Was die Kritik des GR. Nessel betrifft, stellte sie ihm anheim, die auch ihm zur Einsicht bereitstehenden Akten anzusehen.

Stadtrat Maria Jacobi beschäftigt sich im Schlußwort noch einmal mit der Staffelung der Beiträge, die sie als durchaus sozial bezeichnet. Die Heftigkeit, mit der die Fraktionen der KPÖ und FPÖ die Neuregelung kritisierten, erachtet sie als unangebracht, denn die Gemeinde Wien verlangt nicht mehr als die reinen Selbstkosten. Eine Familie mit 5.000 Schilling Nettoeinkommen könne nicht mehr als sozial bedürftige Familie angesehen werden. Einen Widerspruch würde man daher am wenigsten bei der KPÖ erwarten. Sie verweist darauf, daß in einem Jahr in den städtischen Kindergärten 470 Plätze geschaffen wurden, was durchaus als eine positive Leistung hingestellt werden darf. Die Stadtverwaltung wird auch in Hinkunft Kindergärten errichten. Gegenwärtig werden Möglichkeiten gesucht, wie dies rascher geschehen könne. (Beifall bei SPÖ). Bei der Abstimmung wurde der Antrag mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

Neue Tagesheimstätten

Stadtrat Maria Jacobi referiert sodann die Anträge über die Errichtung von fünf neuen Tagesheimstätten sowie über die Festsetzung der Verpflegskosten für das Mutter- und Kind-Heim im 11. Bezirk. Beide Anträge wurden ohne Debatte einstimmig angenommen.

GR. Ing. Hauschka (ÖVP) berichtet über den Antrag, für die Errichtung von zwei ebenerdigen Verkaufsgebäuden in der städtischen Wohnhausanlage gegenüber dem Goethe-Hof, 22, Schüttau-

straße 4-40, die Baubewilligung zu erteilen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

GR. Ing. Lust (ÖVP) referiert über den Antrag, die Verpachtung von städtischen Grundstücken zur Erweiterung der Wasserversorgungsanlage für den Flughafen Schwechat zu genehmigen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Die dringliche Anfrage

GR. Lauscher (KLS) erhält sodann das Wort zur Begründung des Antrages auf Verlesung und Besprechung der zu Beginn der Sitzung eingebrachten Anfrage betreffend "Maßnahmen gegen die Teuerung". Die Teuerung betrage gegenüber dem Vorjahr mehr als fünf Prozent, führt der Redner aus. Die Produktivität der Arbeit sei stark gestiegen, die Arbeiter und Angestellten haben aber nicht den ihnen gebührenden Anteil an der Hochkonjunktur erhalten. Die Preissteigerungen der Unternehmer nahmen die öffentlichen Körperschaften zum Anlaß, um Gebühren und Tarife zu erhöhen. Der Wiener Gemeinderat könne bei dieser Entwicklung nicht gleichgültig bleiben und deshalb sei die Behandlung dieser Frage im Gemeinderat dringend notwendig. Die Gemeindeverwaltung habe bei den zuständigen Stellen gegen die Preissteigerungen zu protestieren und energische Maßnahmen zur Abhilfe zu verlangen.

Der Antrag auf Verlesung und Besprechung der Anfrage wird gegen die Stimmen der KLS abgelehnt. Die Beantwortung wird auf schriftlichem Wege erfolgen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Der Vorsitzende Dipl.-Ing. Dr. Hengl schließt um 13.40 Uhr die Sitzung.

- - -